

# Ermländische Zeitung.

Mit den Sagenbeilagen: St. Adalbertsblatt,  
Illustrierte Beilage und Ratgeber für Landwirtschaft u.

Anzeigen werden bis 9 Uhr vormittags am Tage vor der Ausgabe erbeten. — Preis für die ein-  
spaltige Zeitungs- oder deren Raum 12 Pfennige.  
Belagerungspreis, falls erwünscht, das Stück  
10 Pfennige. Adresse für Telegramme: Ermländische Zeitung, Braunsberg. Telephon Nr. 47

## Kein Taschengeld-Automat!

Das steht nun schon nach der zweiten Sitzung des Reichstages, in der über den Zolltarif verhandelt wurde, konnenklar und bombastisch: für die Regierungsjahre findet sich im Reichstage keine Mehrheit; entweder macht die Regierung in letzter Stunde die verlangten Zugeständnisse über ihre Vorlage hinaus, oder das ganze Werk scheitert!

Wer auf die Uneinigkeit in den entscheidenden Fraktionen spekuliert hat, kommt nicht auf seine Rechnung. Das Zentrum tritt geschlossen für die Kommissionsbeschlüsse ein, und wenn die Konservativen sich zunächst den Kurs gestatten, zu einem großen Teil für die höheren Sätze der Bündler zu stimmen, so wird dadurch der allgemeine Widerspruch der Konservativen gegen die Regierungsjahre um so greller beleuchtet. Die Freikonservativen haben schon am ersten Tage ihr Festhalten an dem Kompromiß erklären lassen.

Graf Bülow und der „unfehlbare“ Bundesrat haben nichts anderes auf ihrer Seite, als die Nationalliberalen. Das ist nicht viel, weder nach Masse noch nach Güte. Und gerade diese einzige Regierungspartei ist in den wenigsten unter allen Parteien mit Eintracht geeignet. Sie will freilich in äußerlicher Geschlossenheit für die Regierungsjahre stimmen, aber auch diese taktische „Einigkeit“ ist nur dadurch zu erreichen, daß man den Abg. Frhrn. Gebl und andere agrarisch gesinnte Fraktionsgenossen am vorläufigen Fernbleiben vom Reichstage veranlasse, wie die „Frei. Ztg.“ mittelt. Sehr beachtenswert ist auch die Begründung, die der Fraktionsredner Paasche dem Nationalliberalen Rückzug auf die Vorlage angebeihen ließ: weil nach dem Zeugnis der Regierungen nicht mehr zu erreichen sei. Folgerichtig müßte in demselben Augenblick, wo die Regierung erklärt, sie werde zur Rettung des Regierungswerkes noch 50 Pfg. zu den Mindestzöllen legen, die Nationalliberalen zu dem veränderten Regierungshandpunkt sich bekehren.

Die unbedingte Unterwerfung unter die Regierungsauctorität, welche die Nationalliberalen: weder proklamiert haben, ist ja nicht rühmlich und entspricht nicht der Würde der Volksvertretung. Aber bei der gegenwärtigen Lage der Dinge steht in dieser Schwäche noch ein kleiner Hoffnungsschimmer. Insofern nämlich, als eine Verständigung zwischen Regierung und den anderen schutzpolnerischen Parteien für den Beitritt eines erheblichen Teils der Nationalliberalen noch rechnen könnte.

Es erscheint also noch immer eine Rettung möglich, wenn die Regierung nur von ihrem starren Eigensinn etwas nachläßt. Ohne Zugeständnisse aber geht es wirklich nicht. Die Durchsetzung der unveränderten Mindestzölle ist unmöglich im vollen Sinne des Wortes.

Darnach ist die große Verantwortlichkeit der Regierung zu ermessen. Ihr Verhalten ist so wenig zu kritisieren, daß Abg. Herold, der Zentrumsredner, trotz seiner Erklärungen noch immer an der Hoffnung festhält, die Regierung werde im Fortgang der Beratungen doch noch nötigen Zugeständnisse machen.

Das Scheitern der Vorlage wäre ja auch wahrlich ein schwerer Schlag für die Regierung sowohl als für das Wohl der Nation. Graf Bülow hat zwar in der letzten Rede mit der wohlwollen Leichtigkeit des Wortes gesagt: „Was dann?“

Die bestehenden Handelsverträge vererben wieder? Die alten Tarife über neue Verträge verhandelt werden? Daß Verhandlungen der letzteren Art zu nichts führen können, hat sein sachkundiger Staatssekretär Graf Posadowsky mit überzeugender Klarheit in der Kommission nachgewiesen. Die Verlängerung der bestehenden, aber wertigen Verträge von Jahr zu Jahr ist ein trauriger Nebel, der auch im Interesse Deutschlands nicht lange durchgeführt werden kann, wenn auch die beteiligten fremden Regierungen gute Miene behalten sollten. Das Scheitern des Zolltarifs würde politisch und wirtschaftlich, innen und nach außen höchst kompromittierend, verwirrend und schädigend wirken. Und das Uebel würde wesentlich verschlimmert durch einen Wahlkampf den Rezepten der Sozialdemokratie, wobei die Regierung die Parteien bis auf die armelige nationalliberale Fraktion gehen hätte.

Und all' dieses Unheil will die Regierung kaltblütig aufbeschwören wegen der ganzen 50 Pfg. Zollunterschied! Das wäre ein Maß von Verblendung, mit dem keine Regierung, mag sie noch so viel Selbstbewußtsein und Ortsgewandtheit haben, noch regierungsfähig bleiben kann. Man kann das Wort des Herrn v. Kardorff auch von der anderen Seite richten: Regierung, lenke in oder stirb!

## Deutsches Reich.

C. Berlin, 17. Oktober. Die gestrige Erklärung des Reichskanzlers hat die gesamte liberale Presse unverständlich mit großer Genugthuung erfüllt. Man hat darin eine unüberwindliche Abgabe an die Agrarier

und hält die Zollvorlage meist bereits für unrettbar verloren. Der „Vorwärts“ dagegen glaubt, daß die Mehrheit die Regierungsvorlage schließlich doch noch „schlucken“ werde, verläßt sich aber auf die Obstruktion seiner Freunde. Die „Kreuzzeitg.“ meint, die Rede habe keinerlei Klärung gebracht. Erst wenn der Reichstag über die Mindestzölle Beschluß gefaßt hat, könne möglicher Weise die Klärung wenigstens angebahnt werden. Wenn sie aber der Ansicht ist, daß viel von der Größe der Mehrheit abhängt, mit der die Beschlüsse zweiter Lesung gefaßt werden, so sollte sie doch ihre Freunde ermahnen, an den Kommissionsbeschlüssen festzuhalten. Freilich glaubt das Blatt auch aus der Rede des Reichskanzlers herausgehört zu haben, daß die Regierung und die Konservativen auch dann gute Freunde bleiben würden, wenn man sich über die Zollvorlage nicht einigte, und deshalb steht es der ganzen Angelegenheit „recht kühl gegenüber“. Wir meinen aber doch, es handle sich jetzt nicht um das Verhältnis zwischen Regierung und Konservativen, sondern um das Interesse der Landwirtschaft. Vor diesem scheint den Konservativen, wie ihre neueste Stellungnahme zeigt, das Parteinteresse zu geben.

Zur Einberufung des Landtages. Die Blättermeldung, daß der Landtag in aller nächster Zeit einberufen werden solle, wird von kundiger Seite als unrichtig bezeichnet. Der Landtag soll vielmehr erst Anfang Januar zusammen treten. Man scheint also anzunehmen, daß die verfassungsmäßige Zustimmung zu der Verstaatlichung der Bahnen, deren Betrieb vertragmäßig schon am 1. Januar an den Staat übergehen soll, nachträglich eingeholt werden könne.

Einer Anzahl nationalliberaler Abgeordneter ist von den Abgg. v. Wangenheim, Dr. Roesicke und Dr. Hahn eine Zuschrift zugegangen, worin sie gebeten werden, ihre Unterschrift für die Wangenheimschen Anträge zu geben. Hinzugefügt wird die Bemerkung, daß, wenn der betreffende Abgeordnete „aus fraktionellen oder anderen Gründen“ nicht in der Lage sei, seine Unterschrift zu geben, die Briefsteller bitten, ihnen dies mitzuteilen und sie des Weiteren darüber zu unterrichten, ob und inwiefern sie gleichwohl die gestellten Anträge bei der zweiten Beratung des Zolltarifs im Reichstage zu unterstützen geneigt sein würden. Die Bündler wollen derart offenbar auf die Nationalliberalen, die sich der Unterstützung des Bundes erfreut haben oder ihrer bei den nächsten Wahlen bedürfen könnten, einen Druck ausüben, oder von den Unbotmäßigen etwas in die Hand bekommen, was sich bei den Wahlen gegen sie verwerten läßt. Wieviele Abgeordneten eine Antwort erteilt haben mögen, ist nicht bekannt.

Der Präsident des Kaiserlichen Patentamts, Herr v. Huber, der sich zur Wiederherstellung seiner infolge Lieberarbeitungsleiden abgenommenen Gesundheit nach dem Süden begeben hat, hat der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge seine Pensionierung nachgesucht.

## Deutscher Reichstag.

CPC. Berlin, 17. Oktober.

Der Reichstag setzte heute die Beratung des Zolltarifs fort.

Abg. Antrich (Soz.) leitete die Verhandlungen mit einer dreieinhalbstündigen Dauerrede ein, in der er gegen den „Buchertarif“ witterte, der aus „Strömen kristallisierten Unsinns“ dem Junkertum abermals eine reiche „Lohn“ in den Schoß werfen wolle. Seine Partei werde sowohl den Kompromißantrag wie die Regierungsvorlage ablehnen.

Während der Rede des Abg. Antrich erschienen auf kurze Zeit die Boerengenerale Dewet, Botha und Delarey in der Abgeordnetenloge.

Abg. Dr. Paasche (ntl.) meinte, es scheine fast, als beabsichtigten Freisinnige und Sozialdemokraten sich in langen Reden zu überbieten, jedenfalls habe es von wenig politischem Takt gezeugt, daß der Abg. Gothein am Donnerstag nach der bedeutungsvollen Rede des Reichskanzlers zwei Stunden lang über Dinge geredet habe, die schon erschöpfend behandelt seien. Zur Sache selbst bemerkte Redner, daß jetzt, wo nach der gestrigen bestimmten Erklärung des Reichskanzlers an einen Umfall der Regierung nicht mehr zu denken sei, nichts weiter übrig bleiben werde, als sich auf die Regierungsvorlage zurückzuziehen.

Abg. Graf Kanitz (Soz.) meinte demgegenüber, im Hinblick auf die Tatsache, daß der Zolltarif die wichtigste Vorlage sei, die den Reichstag beschäftigt habe, müsse dieser das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Änderungen zu treffen, die er sachlich für notwendig halte. Im weiteren erklärte Redner, die große Mehrheit seiner Partei werde dem Antrag von Wangenheim auf Erhöhung des Zolls für Brotgetreide zustimmen; sie sei ferner gewillt, mit einer angemessenen Herabsetzung der Industriezölle vorzugehen, falls die Interessen der Landwirtschaft im vorliegenden Falle nicht ausreichend gewahrt würden.

Abg. Herold (Z.) wandte sich, in dem er im allgemeinen darauf verwies, daß alle Behauptungen der Zolltarifgegner längst widerlegt seien, gegen einige besonders

laut verkündete Schlagworte. Er wies nach, daß die Rentabilität der Landwirtschaft tatsächlich eine äußerst geringe sei. Den Brotwucher treibe nicht der Landwirt, sondern der, welcher so billig Brot essen wolle, daß Millionen landwirtschaftl. Existenzen dadurch vernichtet würden. Die Rücksicht auf das Volkswohl übe das Zentrum auch bei dieser Gelegenheit im weitesten Maße, in dem es fordere, daß mit dem neuen Zolltarif eine Witwen- und Waisenversicherung in Kraft trete. Das Zentrum fordere die Beibehaltung der Agrarzölle und stehe auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse, bei denen Handelsverträge wohl möglich seien. Eine feste Haltung des Reichstages werde der Regierung, die vor dem Auslande zurückweiche, den Rücken stärken. Wenn die Regierung vom Reichstage entweder nur ein „Ja“ oder nur ein „Nein“ fordere, dann würdige sie ihm zum Taschengeld-Automaten herab. Scheitere das ganze Werk, dann trage allein die Regierung die Schuld. (Beif. Beifall im Zentrum.) Nach dem noch Abg. Fischbeck (fr. Sp.) sich gegen alle Agrarzölle ausgesprochen hatte, wurde die Weiterberatung auf Sonnabend vertagt.

## Ausland.

Frankreich. Der Brief der französischen Bischöfe an die Senatoren und Deputierten in Angelegenheit der Kongregationen ist von 72 Erzbischöfen und Bischöfen unterzeichnet worden. Nur der Erzbischof von Rouen und drei Bischöfe haben ihre Unterschrift verweigert. Es betätigt die Regierung beabsichtige, über die Unterzeichner des Schriftstückes die Schallsperre zu verhängen. Einzelne radikale Blätter verlangen, daß die Regierung das Konkordat kündige.

Serbien. General Jinar Markowitsch ist mit der Bildung eines neuen Kabinetts formell betraut worden. — Der serbische Gesandte Grunitz erhielt auf bei dem Minister des Auswärtigen in Konstantinopel erbetenen Vorstellungen wegen der Gewaltthaten, welche die Albanesen an den Christen in Albanien verübten, vom Jldizpalais beruhigende Zusicherungen.

Türkei. Die Blätter veröffentlichen folgende amtliche Mitteilung: Nach telegraphischen Meldungen Ibrahim Pascha, des Kommandeurs der 9. Division in Serres, des Kommandeurs des 3. Korps und des Valis von Saloniki drangen vor acht Tagen bulgarische Banden bei Razlog und Docomabala in Mazedonien ein, und zwangen die bulgarische Bevölkerung mehrerer Dörfer, sich ihnen anzuschließen. Die Einwohner anderer Dörfer flüchteten aus Furcht ins Gebirge. Hierauf wurde Ibrahim Pascha mit einer genügenden Truppenzahl zur Verfolgung der Banden beordert, welche energisch und planmäßig durchgeführt wurde. Die Banden wurden teils vernichtet, teils gefangen oder zerstreut. Der größte Teil der flüchtigen Bevölkerung beginnt zurückzukehren und die von den Banden erhaltenen Waisen niederzulegen und giebt an, zum Verlassen der Wohnstätten gezwungen worden zu sein. Jene Personen, die aus Furcht vor Strafe nicht wagten, zurückzukehren, wird von den Lokalbehörden und der Gerechtigkeit bedeutet, daß alle, welche darum bitten, begnadigt würden. Man hofft somit, dem Bandenunwesen mit obigen Maßregeln ein baldiges gänzlich Ende zu machen.

Madagaskar. Am Donnerstag wurde hier die erste 30 Km. lange Strecke der Madagaskar-Eisenbahn eingeweiht. Bei dem aus diesem Anlaß stattfindenden Bankett rühmte der italienische Konsul die großen Fortschritte, die in Madagaskar auf dem Gebiete der Zivilisation gemacht worden seien.

Nordamerika. Eine Depesche aus Caracas vom 16. Oktober meldet: Der Kampf bei La Victoria wurde heute früh erneuert. Dem Bericht der Regierung zufolge haben die Aufständischen die Stellungen wieder verloren, welche sie gestern bei Ciego erobert haben. Matos steht, wie berichtet wird, mit 1500 Mann bei Villa de Cura. In Regierungskreisen glaubt man fest an den Sieg. Seit drei Tagen hat die Regierung keine Nachrichten aus Valencia erhalten.

## Braunsberg, den 18. Oktober 1902.

### [Telegramm der Hamburger Seewarte.]

Hamburg, 18. Oktober. Einem Gebiet hohen Luftdrucks (über 760 mm) über Südwesteuropa bis zum Alpengebiet steht ein Gebiet niedrigen Drucks [unter 746 mm] über Südschweden gegenüber. Teilgebiete niedrigen Drucks [unter 753 mm] befinden sich über England und Ungarn. In Deutschland ist kühleres, veränderliches Wetter. In Aussicht ist ziemlich kühles, veränderliches Wetter.

— In Cadix hat der Kaiser in den zehn Tagen seines Aufenthaltes ein recht still beschauliches Dasein geführt. Sein ständiger Begleiter war Excellenz v. Hollmann. Das Hauswesen vollzog sich mit großer Pünktlichkeit. Als der Kaiser angekommen war, erschien er mit Herrn v. Hollmann in der Küche. Dort traf er den Besitzer des Hotels vom